

II-9357 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIC ÖSTERREICH
DER BUNDESMINISTER FÜR
ÖFFENTLICHE WIRTSCHAFT UND VERKEHR
DIPL.-ING. DR. RUDOLF STREICHER

Pr.Zl. 5905/39-4-89

A-1030 Wien, Radetzkystraße 2
Tel. (0222) 711 62-9100
Teletex (232) 3221155
Telex 61 3221155
Telefax (0222) 73 78 76
DVR: 009 02 04

4288/AB

1989 -12- 11

zu 4367/J

ANFRAGEBEANTWORTUNG

betreffend die schriftliche Anfrage der Abg.

Helga Erlinger und Genossen vom 17. Oktober 1989,

Nr. 4367/J-NR/1989, "Haltestelle Wien-Hütteldorf"

Ihre Fragen darf ich wie folgt beantworten:

Zu den Fragen 1, 2 und 3:

"Wann werden alle Züge, die von Wien-Westbahnhof Richtung Salzburg/Innsbruck abfahren, in Wien-Hütteldorf halten?"

"Sind Ihnen Untersuchungen bekannt, wievielen Personen ein deutlich verkürzter Gesamtseweg zugute käme, wenn diese Maßnahmen umgesetzt werden könnten?"

"Welche allfälligen Kosten stehen dieser Maßnahme entgegen?"

Zu der Thematik des Anhaltens qualifizierter stadtauswärts-fahrender Reisezüge im Bahnhof Wien-Hütteldorf wurden bereits umfangreiche bahninterne Untersuchungen durchgeführt.

Diese Überprüfungen haben - ungeachtet der durch zusätzliche Aufenthalte entstehenden Kosten - ergeben, daß weitere Halte aufgrund der äußerst angespannten betrieblichen Situation im Bahnhof Wien-Hütteldorf nicht möglich sind und darüberhinaus zu einer deutlichen Verschlechterung der Anschlußverhältnisse im Gesamtauflauf der Reisezüge führen würden.

- 2 -

Außerdem steht dies den Zielsetzungen des ab dem Jahr 1991 vorgesehenen Integrierten Taktfahrplanes entgegen, der durch eine optimale Abstimmung des Schienennah- und -fernverkehrs sowie des Kraftfahrliniенverkehrs eine wesentliche Verkürzung der Umsteigezeiten bewirken wird.

Die Anbindung von Wien Westbahnhof wurde durch die Inbetriebnahme der U-Bahnlinie U 6 wesentlich attraktiviert.

Nach Fertigstellung der derzeit im Bau befindlichen U-Bahnlinie U 3 wird der Westbahnhof auch im innerstädtischen Verkehrsnetz eine zentrale Funktion erfüllen.

Zu Frage 4:

"Ist Ihnen bekannt, daß von einigen Wiener Bezirksparlamenten ein derartiger Antrag derzeit beraten wird bzw. gestellt wurde?"

Von Wiener Bezirksvertretungen wurden in den vergangenen Jahren mehrfach diesbezüglich Anträge gestellt. Sie mußten aus vorerwähnten Gründen von den ÖBB abschlägig behandelt werden.

Wien, am 7. Dezember 1989

Der Bundesminister

